

I. Der Bebauungsplan der Gemeinde Haßmersheim für das Baugebiet

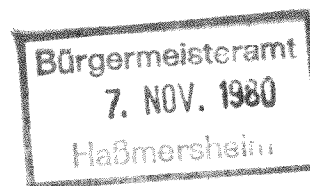
" Plattenweg "

Gemarkung Haßmersheim

wird gem. § 11 BBauG i.d.F. vom 18. August 1976 (BGBl. I S. 2256),
geäd. durch Gesetz vom 6. Juli 1979 (BGBl. I S. 949) i.V. mit § 1 der
Zweiten VO der Landesregierung zur Durchführung des BBauG vom 18.
Dezember 1979 (GBl. 1980 S. 42) unter ~~der~~ den in der Anlage aufgeführten
Auflage(n) g e n e h m i g t.

II. An das
Bürgermeisteramt
.....

6954 Haßmersheim



unter Anschluß der mit dem Genehmigungsvermerk versehenen 1. BBauPl-
Fertigung und den gemeindlichen Verfahrensakten. Auf die dortige Ge-
nehmigungsvorlage -hier eingegangen am 7. Aug. 1980 - wird Bezug
genommen.

Die 2. Fertigung des BBauPl wurde an die zuständige Baurechtsbehörde
abgegeben. Die 3. Fertigung haben wir zu den hiesigen Akten genommen.

Der genehmigte Bebauungsplan ~~entspricht dem § 9 BBauG~~ ~~XXXXXXX~~, besteht aus
zeichnerischen sowie schriftlichen Festsetzungen nach § 9 BBauG
.....

.....
.....
und genügt den Mindestfestsetzungen des § 30 BBauG. Ihm ist weiter
eine Begründung nach § 9 Abs. 8 BBauG beigelegt.

Der genehmigte Bebauungsplan wird gem. § 12 BBauG mit der ortsüblichen Bekanntmachung rechtsverbindlich. Er ist mit der Bebauungsplan-Begründung zu jedermanns Einsicht bereitzuhalten und über seinen bzw. deren Inhalt ist auf Verlangen stets Auskunft zu erteilen. In der ortsüblichen Bekanntmachung ist desweiteren anzugeben, bei welcher Stelle der genehmigte Bebauungsplan während der allgemeinen Dienststunden eingesehen werden kann.

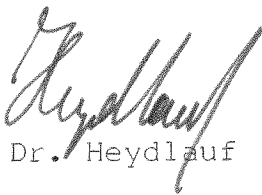
Bei der Bekanntmachung der Bebauungsplan-Genehmigung ist gem. § 155 a BBauG ausdrücklich auf die 1-jährige Ausschußfrist für die Geltendmachung von Verfahrens- oder Formvorschriftsverletzungen und die Rechtsfolgen hinzuweisen. Gleichzeitig ist außerdem noch auf den § 44 c Abs. 1 Satz 1 u. 2 sowie Abs. 2 BBauG besonders aufmerksam zu machen.

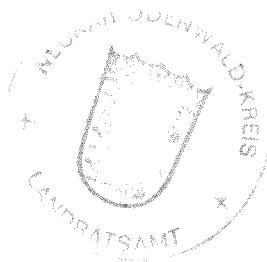
Der ordnungsgemäße Vollzug der ortsüblichen Bekanntmachung ist in urkundlicher Form (Unterschrift und Dienststempel) hierher nachzuweisen. Die nachgenannten Träger der öffentlichen Belange sowie Private sind von der Genehmigung und der Rechtsverbindlichkeit des Bebauungsplanes von dort in Kenntnis zu setzen:

Straßenbauamt	Badenwerk
Wasserwirtschaftsamt	Kath. Kirchenvertretung
Gesundheitsamt	Ev. Kirchenvertretung
Landwirtschaftsamt	Regionalverband
Flurbereinigungsamt	Vermessungsamt
Kreisbeauftragter f. Naturschutz u. Land- schaftspflege	Fernmeldeamt
Polizei-Kommissariat	Gemeindeverwaltungsverband
Gewerbeaufsichtsamt	Forstamt
Staatl. Hochbauamt	X Liegenschaftsamt
.....	Wasser- u. Schifffahrtsamt
Industrie- u. Handelskammer	Landesdenkmalamt, Karlsruhe
.....
Notariat	Geolog. Landesamt
Wehrbereichsverwaltung	Fa. Vogelsang
.....

Mit der Rechtsverbindlichkeit des Bebauungsplanes tritt eine für dieses Gebiet evtl. bestehende Veränderungssperre außer Kraft (§ 17 Abs. 5 BBauG).

Aufgrund gegebener persönlicher Gebührenfreiheit (§ 6 Abs. 1 Ziffer 4 LGebG) ergeht diese Entscheidung gebührenfrei.


Dr. Heydlauf



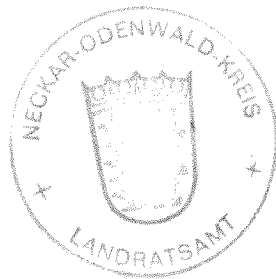
Auflage(n) zum Genehmigungsbescheid des Bebauungsplanes

" Plattenweg "

Vor der ortsüblichen Bekanntmachung des genehmigten Bebauungsplanes ist ~~nachstehender~~/nachstehenden Auflage(n) noch Rechnung zu tragen:

1. Die Ziffern 7.2.1 und 7.2.2 der schriftlichen Festsetzungen sind jeweils noch um nachstehenden Halbsatz zu ergänzen:
"; soweit hierzu durch die Ziffern 7.2.3 (Seite 4!) und 8.3 keine weitergehende Einschränkung oder ein gänztliches Verbot festgelegt ist."
2. Die Ziffer 7.2.4 der schriftlichen Festsetzungen ist mangels Ermächtigungsgrundlage (vergl. § 111 Abs. II LBO) unzulässig und daher ersatzlos zu streichen.
3. Die Ziffer 8.2. der schriftlichen Festsetzungen hat folgenden Wortlaut zu erhalten:
"Bis zur Inbetriebnahme der gemeindlichen Zentralkläranlage sind für anfallende häusliche Abwässer Kleinkläranlagen mit einem Fassungsvermögen von mind. 3.000 l erforderlich und dieselben gem. DIN 4261 mechanisch zu reinigen. Dies gilt nicht für im Zusammenhang mit Gewerbebetrieben und anderen anfallende Abwässer, sondern nur für den eigentlichen Wohnhausbau. Für Abwässer von Nicht-Wohnhäusern sind je nach Einzelfall im Baugenehmigungsverfahren spezielle Regelungen erforderlich bzw. zu treffen."
4. In der Ziffer 8.3 der schriftlichen Festsetzungen ist der Satz 2 zu streichen und durch nachstehenden Satz zu ersetzen:
"Behälter und Auffangräume für die Heizöllagerung die unter einer Höhe von 143,49 m ü.NN zu liegen kommen, sind mit mind. 1,3 facher Sicherheit gegen Auftrieb zu sichern."

5. Im Bebauungsplan-Lageplan (Anlage 4) ist das Grundstück Flst.-Nr. 1331 gegen die L 588 hin noch mit einem planzeichnerischen Zu- und Ausfahrtsverbot zu belegen.
6. In § 3 der Satzung muß es unter der Anlage Nr. 5 anstatt "M. 1:500" richtig "M. 1:1000" heißen.



Mosbach, den 4. Nov. 1980